

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Völkme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Völkme, Völkme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Dhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wihl. Bell jr., Halver.

Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 17

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage,
Bezugspreis: Vierteljährlich durch die Post M. 27.—
monatlich M. 9.—

Halver

Freitag, den 20. Januar 1922

Anzeigenpreis für 1 mm Höhe und 45 mm Breite
80 Pfg., auswärts 85 Pfg., im Reklameteil 1 mm hoch
90 mm breit 150 Pfg.

22. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages gaben Dr. Rathenau und Reichskanzler Dr. Brüning eingehende vertrauliche Aufklärungen über die politische Lage auf Grund der Beratungen in Cannes.

* Wie verkündet, ist England bereit, ein Drittel der französischen Schuld von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung zu streichen, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungssumme erläßt.

* Der deutschen Regierung ist gestattet worden, in den Monaten Februar, März und April nach beliebigen Ländern Kohlen auszuführen.

* In der Groß-Hamburger Frage hat nun auch der Hamburger Senat eine Denkschrift veröffentlicht, in der der Gedanke eines preussischen Groß-Hamburgs abgelehnt wird.

* Der Zentrumsparteitag wurde nach einer großen politischen Rede des Reichskanzlers geschlossen.

* In der Verhandlung gegen die Gräfin Ella v. Schlieffen und ihre beiden Söhne in Gorky wegen Mordversuchs legte der ältere Sohn, der im 24. Jahre steht, ein volles Geständnis ab.

* Die auf der Washingtoner Konferenz vertretenen Mächte haben sich feierlich verpflichtet, das Prinzip der „offenen Tür“ in China anzuerkennen.

* In der Berliner Mittwochsbörse wurde der Dollar mit 188 gehandelt.

„Geduld!“

Reichskanzler Dr. Brüning hat in der Schlußtagung des Zentrumsparteitages in Berlin eine temperamentvolle Rede gehalten, in der er sich in der Hauptsache mit den Erklärungen der gegenwärtigen Parteikonstellationen im Innern befaßte. Was über die auswärtige Politik in dieser Stunde gesagt werden kann, das muß er naturgemäß dem Reichstag und dessen Auswärtigem Ausschuss vorbehalten, die ja auch wieder ihre Pforten öffnen. Aber mit den Parteien hatte der Reichskanzler manches Sühnlein zu pflegen, und er tat das unter dem Jubel seiner Zuhörer mit einer humorvollen Frische, Stetigkeit aber auch mit jener „goldenen Rücksichtslosigkeit“, die darauf schließen lassen, daß er sich in seiner Stellung durchaus sicher fühlt. Die musterhafte Disziplin seiner engeren Parteigenossen in allen Teilen des Reiches, das einstimmige Vertrauensvotum, das seiner Politik überaus ausgesprochen worden war, mußten ihn ja auch mit berechtigter Genugthuung erfüllen, zumal im Hinblick auf gewisse Vorgänge in anderen Parteien, die zwischen Hindenburg zur Regierung und Brüning vor der Verantwortung abwechseln, weil sie mehr als gut ist von Augenblicksinteressen und taktischen Erwägungen sich bestimmen lassen. Mit Stolz verweist der Kanzler auf die Tatsache, daß das Zentrum in allen Wechseln der jetzigen Republik bei der Stange geblieben und daß ihm diese Beharrlichkeit recht gut bekommen ist. Wohl könne natürlich auch einmal der Tag kommen, wo es sich in die Opposition zurückziehen müsse, für seine Person aber erkläre er, daß er keinen im Dunkeln schleichernden Intrigen werde, sondern zur offenen Feldschlacht im Reichstag bereitstehe — womit vielleicht auf die eigentümliche Art und Weise hingedeutet werden sollte, wie Briand in diesen Tagen urplötzlich beseitigt wurde. Ein schönes Beispiel, das gewiß nicht zur Nachahmung reizt, womit vielleicht aber auch auf dunkle Machenschaften hingedeutet werden sollte, die der scharfe Blick des Kanzlers wahrzunehmen glaubt schon zu einer Zeit, wo sie anderen noch verborgen sind. Jedenfalls benutzte Herr Dr. Brüning diesen Anlaß, um sich zum Kampf mit seinen inneren Gegnern zu stellen. Auch den Sozialdemokraten in der Regierung gab er so deutlich, daß ein Mißverständnis kaum noch ausstehen kann, zu verstehen, daß ein Kompromiß in der Steuerfrage gefunden werden muß, wenn anders er und mit ihm das Zentrum nicht die Last der Verantwortung anderen Schultern überlassen soll. So ist nach innen hin der Ausruf für die neue Reichstagstagung gegeben; man kann sicher sein, daß es auch ihr an dramatischen Zwischenfällen nicht fehlen wird.

Aber die auswärtige Lage sagte der Reichskanzler, was im gegenwärtigen Augenblick eben zu sagen ist, daß er in den Vorgängen von Cannes, in der vorläufigen Bewilligung eines Zahlungsausschusses und in der Einladung Deutschlands zur internationalen Wirtschaftskonferenz nach Genäa einen Erfolg seiner Politik und eine sachliche Rechtfertigung der Annahme des Londoner Ultimatus erblickt; und daß er diese Erfolge vor dem Forum des Parteitages unterrich, läßt sich verstehen, ebenso die Ankündigung, daß er entschlossen sei, die Politik des letzten Jahres der Leistungen weiter zu verfolgen. Doch ließ er auch darüber keinen Zweifel, daß er der Welt unausgesetzt die Unmöglichkeit eines Verfahrens vor Augen gehalten werde, das darin bestünde, ein einziges Volk isoliert herauszuheben aus der Gesamtwirtschaft und es auszupressen wie eine Zitrone, um es danach als ausgequetschte Schale der Geschichte der Menschheit beiseite zu legen. Diese Politik der ausgequetschten Zitrone sei unerträglich für die gesamte Welt. Dem Gedanken der Solidarität der Völker sei endlich Bahn gebrochen; man müsse Geduld haben, bis er sich weiter durcharbeite. Aber nur die Partei, die solche Geduld habe, könne allein die deutsche Politik leiten. Mit einer vornehmen Geste oder gar mit einem Parademarsch sei jetzt nichts zu machen. Gewiß seien ihm in der Regierung auch andere Parteien willkommen, die bereit wären, an der Verantwortung teilzunehmen. Aber nicht daraus komme es an, daß sich jetzt Parteipäpste zusammensetzten und um Programmpunkte miteinander feilschten. Jetzt müßten Opfer gebracht, jetzt müßte eine Regierung auf längere Sicht gebildet werden, wenn man nicht jeden Augenblick Gefahr laufen wolle, daß der eine Teil aus Angst vor Wahlen sich wieder in die Büsche schlägt. Dieses Programm erfordere Geduld nach

außen, finanzielle Ordnung im Innern. Das Zentrum werde zu zeigen haben, ob es auch dieser Aufgabe gewachsen sei. Wohl gebe es auch in seinen Reihen Meinungsverschiedenheiten; aber in der Erkenntnis, daß jetzt mit Entschlossenheit gehandelt werden müsse, sei die ganze Partei sich einig. Der Kanzler streifte dann auch noch die Gefahr des Auseinanderfallens der jetzigen Regierungsparteien über Schulfragen oder über den christlichen Religionsunterricht, was abermals als eine Warnung nach links hin verstanden werden muß, um zum Schluß für das Zentrum die große Liebe in Anspruch zu nehmen, die nicht nur das eigene Volk in sich begreife, sondern auch im Dienste der Menschheit allen, die Menschenanliege tragen, etwas Gutes tue.

So fand er vor seinen Parteifreunden einen vorzüglichen Abgang, während das Echo seiner Rede in anderen Parteilagern naturgemäß stark gedämpft und bedingt widerständig. Er wird wahrscheinlich bald Gelegenheit haben, seine Ausführungen noch nach den verschiedensten Seiten hin zu ergießen und den Kampf zu führen, den er hier angeklungen hat.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Rundgebung der Landwirtschaft.

Als Abschluß der vom 23. bis 27. Januar währenden zweiten sächsischen landwirtschaftlichen Woche wird der Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft am 27. Januar in Dresden eine Rundgebung der gesamten deutschen Landwirtschaft veranstalten, die das geschlossene Einsteigen der Landwirtschaft für das Handwerk zum Ausdruck bringen soll.

Der preussische Staatshaushalt.

Die Anteile an der Einkommensteuer, der Körperschaftsteuer und der Umsatzsteuer, die Preußen vom Reich zu bekommen hat, sind für 1922 mit zusammen 6810 Millionen Mark angelegt gegen 2839 Millionen Mark im Haushalts für 1921, also mit 3971 Millionen Mark mehr. Dieser Aufbesserung stehen aber gegenüber die Verschlechterungen von 46 Millionen Mark bei den Bezirksverwaltungen und 2670 Millionen Mark bei den übrigen Staatsverwaltungen.

Baterländische Gedenksieken im Rheinland verboten.

Die interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hat jede Rundgebung und Feierlichkeit aus Anlaß des Gründungstages des Deutschen Reiches (18. Januar) verboten.

Reichsverband der Kinderreichen.

Die verschiedenen Vereinigungen der Kinderreichen haben sich zum Schutze der Familie zu einem Reichsverbande vereinigt. Der Sitz ist in Frankfurt a. M. In der in Berlin tagenden Sitzung wurde beschlossen, den Reichstag auf das dringendste zu ersuchen, angesichts der erschütternden Not Tausender kinderreicher Familien und angesichts der Tatsache, daß durch die neuen indirekten Steuern und die erhöhte Umsatzsteuer die Kinderreichen, statt daß ihre Not erleichtert würde, in weit höherem Maße belastet werden als die wirtschaftlich weit besser stehenden Zugsgefallen und Kinderlosen, aus den Erträgen der Umsatzsteuer 10 Prozent zugunsten der Kinderreichen zurückzustellen. Aus diesen jährlichen Rückstellungen soll ein Schatz gebildet werden, um die größeren Lasten der Kinderreichen auszugleichen.

Einigung in der „Deutschen Studentenschaft“.

Seit drei Jahren war in der „Deutschen Studentenschaft“, dem Gesamtverband aller deutschen Studierenden, ein heftiger Kampf entbrannt, der die Organisation zu zerstören drohte. Der eine Flügel suchte die Frage der Zugehörigkeit zur Studentenschaft im Sinne des bürgerlichen, das ist des sog. arischen Rassenprinzips, zu lösen, während die andere Seite sich auf den Standpunkt der staatsbürgerlichen Qualifikation stellte. Jetzt ist in Göttingen bei einer Tagung des Hauptausschusses eine Einigung vollzogen worden, die das bürgerliche oder arische Prinzip verläßt und sich auf den Boden des Staatsbürgertums stellt, d. h. jeder deutsche Staatsangehörige, ebenso Deutsch-Oesterreicher, Deutsch-Böhmen, Deutsch-Balten usw., können der „Deutschen Studentenschaft“ angehören, ohne Rücksicht auf Rasse und Bekenntnis.

Die ungeheuerlichen Kontrollkosten.

Deutschland muß bekanntlich für die Mitglieder der alliierten Kontrollkommissionen in Deutschland außerordentlich hohe Zuschüsse zu deren Gehältern zahlen, die z. B. für den Chef der Kontrollkommission in Berlin 1½ Millionen im Jahr betragen. Nun ist dieser Tage ein Entschluß des Völkshauserrats eingegangen, die nun auch noch die Tragung der Kosten für die Gehälter der Kommissionsmitglieder Deutschland auferlegt und zwar rückwirkend für die gesamte Zeit der Tätigkeit der einzelnen Mitglieder in Deutschland. Damit kommen wir auf die runde Summe von zwei Drittel Milliarden Papiermark, die wir jetzt hierfür aufbringen sollen. Es schweben in der Frage der Gehaltsnachzahlungen zurzeit noch Erwägungen, ob die Forderung des Völkshauserrats berechtigt, d. h. juristisch haltbar ist.

Erhöhung der Zeugen- und Sachverständigengebühren.

Auf einen vom Vorstand des „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes“ an das Reichsjustizministerium gerichteten Antrag teilt der Reichsjustizminister mit, daß zurzeit im Reichsrat ein Gesetzentwurf vorliegt, der eine wesentliche Erhöhung der geltenden Gebührensätze vorsieht und voraussichtlich binnen kurzem dem Reichstag zugehen wird.

Der Zentrumsparteitag

in Berlin wurde mit einem Schlußworte des Präsidenten Porsch beendet, nachdem die Wahlen zur Reichsparteileitung erfolgt waren, die einstimmig folgendes Resultat ergaben: Ehrenvorsitzender: Reichskanzler a. D. Fehrenbach, die Abgeordneten Herold, Porsch und Spahn. Erster Vorsitzender: Abgeordneter Senatspräsident Marx; stellvertretende Vorsitzende: Abgeordnete Frau Drahnfeld, Minister a. D. Stegerwald, Justizrat Moennig und Abgeordneter Glöckner. Die vom Parteitag angenommenen Richtlinien der Partei gliedern in folgenden Leitgedanken: Nationale Freiheit und Erneuerung, christliche Staatsauffassung, Volkstaat und Reichseinheit unter Wahrung des Eigenlebens der Länder, sittliche und soziale Wirtschaftsordnung, christlich-deutsche Volkskultur, christliche Völkergemeinschaft.

Deutsch-Oesterreich.

× Konflikt in der Regierung. Infolge der ablehnenden Haltung der Großdeutschen Volkspartei gegenüber der Politik der Regierung hat der zur Großdeutschen Volkspartei gehörende Minister des Innern Baber den Bundespräsidenten um Enthebung von seinem Posten ersucht. Der Bundespräsident hat die Demission angenommen. Die Regierung erklärt, daß das Abkommen von Prag, soweit es sich darin um die Eröffnung des Staatsvertrages von Saint Germain handelt, die einfache Konstatierung einer Tatsache ist, deren Abänderung weder im Machtbereich der Regierung noch in dem Machtbereich einer Partei gelegen ist. Dr. Schober hofft, daß es ihm gelingen werde, eine Majorität im Nationalrat trotz der Kampfanfrage der Großdeutschen Volkspartei zu erhalten. Die Haltung der Großdeutschen Volkspartei ist keine einheitliche.

Großbritannien.

× Ein historischer Wendepunkt für Irland. Im Schloss von Dublin hat der Vizekönig von Irland den acht Ministern der einstweiligen Regierung des Freistaates Irland die Regierungsgewalt übergeben, die seit 700 Jahren von den Vertretern Englands ausgeübt wurde. Die Bekanntgabe dieser Nachricht hat in Dublin große Freude hervorgerufen. Als die Sinnfeiner-Minister im Schloß eintrafen, kam es zu stürmischen Rundgebeten. Die Räumung Südirlands durch die britischen Truppen soll unverzüglich beginnen.

Frankreich.

× Der Streit um die Kriegsschuldigen hat auch in Frankreich Anhänger und Gegner einer neuen Auslieferungsorderung auf den Plan gerufen. Im „Journal du Peuple“ erschien ein offener Brief an den Vorsitzenden der Liga für die Menschenrechte. Er fordert ihn auf, unverzüglich die große Macht, die die Liga darstelle, zu einer energiegelassen Protestaktion gegen die Auslieferung der Kriegsschuldigen einzusetzen. Im entgegengesetzten Sinne betätigt sich der Abgeordnete Bonnet. Dieser will den Ministerpräsidenten über die Durchführung der Resolution interpellieren, die der Interalliierte Ausschuss zur Begutachtung der Leipziger Kriegsschuldigen-Prozesse dem Obersten Rat unterbreitet hat. Herr Bonnet mag sich beruhigen. Gerade in dieser Frage wird bestimmt nichts so heiß gegessen, wie es gelocht wird.

Ungarn.

× Das Deutschtum in Ungarn. Die ungarische Regierung hat gegenüber der österreichischen Regierung eine Erklärung abgegeben, daß sie das Gesetz über die Gleichberechtigung der Nationalitäten sowohl in Westungarn als in anderen Teilen Ungarns, welche von Deutschen bewohnt sind, mit der größten Aufmerksamkeit durchführen werde. Dasselbe gilt für Ethenburg und Umgebung. Diese Erklärungen sind von großer Bedeutung für das Deutschtum in Ungarn, welches sich nunmehr auf allen Gebieten der Schule, der Verwaltung und des Gerichts entwickeln kann.

Nordamerika.

× Wilsons Enthüllungen. Der frühere Präsident Wilson läßt neuerdings seine Aufzeichnungen über die Entstehung des Friedensvertrages von Versailles veröffentlichen. Das neueste Kapitel trägt die Überschrift „Die Furcht Frankreichs hält die Welt bewaffnet“. Darin wird auf den verhängnisvollen Widerspruch Frankreichs hingewiesen, daß auf der einen Seite von Deutschland eine ungeheure Entschädigung verlange, es aber gleichzeitig wirtschaftlich und industriell zugrunde gerichtet wolle. Frankreich befürchte, so heißt es in den Veröffentlichungen, daß Deutschland angriffsfähig werden könnte, wenn es wieder wirtschaftlich erstarken werde.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Reichsregierung hat ihre Zustimmung zu der Ernennung des Mitgliedes des amerikanischen Repräsentantenhauses Houghton zum Völkshaus der Vereinigten Staaten in Berlin erteilt.

Berlin. Zur Entschädigung der Gemeinden für den Wegfall des Besteuerungsrechts hat das Reichsfinanzministerium für das Rechnungsjahr 1921 den Betrag von 600 Millionen Mark eingestellt. Über die Verteilung dieser Summe auf die einzelnen Länder schweben Verhandlungen.

Berlin. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der erst kürzlich von einer akuten Nierenentzündung genesen war, hat einen Rückfall erlitten, der ihm vorläufig die Wahrnehmung der Dienstgeschäfte außerhalb des Krankenzimmers nicht gestattet.

Rom. Italien beansprucht eines der früheren deutschen transatlantischen Kabel, die jetzt unter französischer Kontrolle stehen.

Rom. Die Veröffentlichung des Dekrets über den Verkauf des deutschen Eigentums in Italien steht bevor. Danach kann der Verkauf durch öffentliche Versteigerung oder im Privatwege erfolgen, doch kann die Realisation den

Konno. Über den polnischen Wahlschwindel bei der Abstimmung in Wilna wird nachträglich bekannt, daß von polnischer Seite ein ungeheurer Druck auf die Bevölkerung ausgeübt wurde. Mehr als zwei Millionen wurden für Propaganda vier Milliarden Polennoten verwendet. Bei dem Wahlakt kamen unzählige Verbrechen vor. Der Völkerverbund erkennt die Wahlen nicht an.

Delhi. Die englische Regierung in Indien teilt mit, daß beim letzten Ausbruch 2250 Moplahs getötet, 5725 zu Gefängnisstrafen verurteilt wurden. Mehrere tausend Hindus seien von den Moplahs zur Annahme des Islams gezwungen worden.

Wünsche für Genua.

Die größte aller bisherigen Konferenzen.

Die am 8. März beginnende Konferenz von Genua wird erstens durch den Kreis von Teilnehmern und eingeladenen Nationen (spricht man doch von über 40 Staaten und rund 1000 Personen) und zweitens durch den Umstand ausgezeichnet, daß es sich diesmal nicht um die Lösung eines „Verbrechens“ im Kreise feinerer „Michter“ handelt, sondern um eine

Zusammenkunft gleichberechtigter Unterhändler, woher sie auch kommen mögen. Die zahlreichen Einladungen sind zum großen Teil bereits zu stimmen und beantwortet worden, wobei besonders die angeblich bereits gegebene Zusage Amerikas und Russlands von Wichtigkeit ist. Allerdings knüpfen sich an diese Antworten selbstverständlich bereits eine Anzahl verschiedener Wünsche. So macht Amerika die Voraussetzung, daß die Frage der Annulierung der europäischen Schuld nicht angeschnitten wird. Die Sowjetregierung wiederum wünscht in Genua folgende Fragen zur Beratung zu bringen: Bezahlung der russischen Staatsschulden, Schadenersatz für Verluste infolge der Intervention fremder Mächte, Zurückgabe der russischen Handelschiffe, wirtschaftlicher Wiederaufbau Russlands, Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland usw. Lenin wird unter keinen Umständen an der Konferenz teilnehmen, sich vielmehr durch Tschitscherin vertreten lassen. Dagegen will Lloyd George mit Bestimmtheit nach Genua fahren, und man weiß heute schon, daß er wenigstens zwei Wochen dort bleiben wird. Der Hauptgegenstand der Konferenz, der Plan zur

Herabsetzung der deutschen Zahlungen, soll in der Art einer Vereinbarung zwischen Großbritannien und Frankreich gehandelt sein, in der England etwa ein Drittel der französischen Schuld von 570 Millionen Pfund Sterling unter der Bedingung streichen würde, daß Frankreich Deutschland eine gleiche Wiederherstellungssumme zahlt.

Poincaré und Lloyd George.

In einem Telegrammwechsel, den Poincaré zur Begrüßung mit seinem verbündeten Kollegen gehabt hat, beschließt er an Lloyd George u. a.: „Die französische Regierung ist überzeugt, daß es den beiden Völkern, die auf den Schlachtfeldern für eine und dieselbe Sache so eng vereint gekämpft haben, gelingen wird, in gemeinsamen Einvernehmen unter Aufrechterhaltung des europäischen Friedens die Durchführung der Verträge, die sie unterzeichnet haben, und die Reparationen für die durch die Invasion verursachten Schäden sicherzustellen.“

Lloyd George antwortete: „Die britische Regierung wird die Sicherheit des französischen Gebietes gegen einen deutschen Angriff, die Bezahlung der Frankreich für die zerstörten Gebiete geschuldeten Reparationen und die ständige Aufrechterhaltung der Bestimmungen des Versailler Vertrages als gemeinsame Interessen der französischen und der britischen Politik betrachten, die beide Völker gemeinsam verteidigen müssen.“

Deutschlands Gleichberechtigung.

Kanalarrede im Industrie- und Handelstag.

Auf der in Berlin abgehaltenen Volksversammlung des Industrie- und Handelstages ergriff der Reichszentralrat Dr. Wirth das Wort. Er betonte, daß dem schweren Jahre 1921 im Jahre 1922 anscheinend eine Periode der Besserung folgen werde. Das maßgebende Kennzeichen dafür sei die Tatsache, daß man Deutschland als gleichberechtigten Kontrahenten zu einer Konferenz eingeladen habe. Man müsse es dankbar begrüßen, daß man Deutschland zu einer solchen Konferenz jetzt unter diesen Umständen eingeladen habe. Weiterhin versicherte der Kanzler, daß der

Ansicht einer starken Staatsautorität.

beabsichtigt sei, die die Tätigkeit und die Lebensarbeit im Handel und Gewerbe objektiv zu würdigen bestrebt sei. — Nachdem dann mehrere Entschuldigungen, z. B. über die Wahrung der Rechte der Handelskammern beim Aufbau der Bezirkswirtschaftsräte angenommen waren, hielt auch der preussische Handelsminister Siering eine Rede, der in längeren Ausführungen zunächst darlegte, daß nach Festlegung der Ziele der Handelskammern über die paritätische Zusammensetzung derselben wohl eine Verständigung sich erzielen ließe. Er besprach dann die wirtschaftliche Lage Deutschlands und betonte, daß die Revision des Versailler Friedensvertrages immer dringlicher werde. Besonders warm begrüßte er die Aufhebung von Handelsbeziehungen mit Rußland.

Die Not der deutschen Presse.

Eine Rundgebung der Zeitungsverleger.

In Potsdam waren die Vertreter der deutschen Verlegergemeinschaft versammelt, um über die immer unerträglicher werdende Notlage des deutschen Zeitungsverwesens zu beraten. Die Versammlung nahm nach eingehenden Besprechungen eine Entschließung an, die im wesentlichen fordert:

Sofortige und gänzliche Sperrung der Ausfuhr von Zellstoff, bis die ausreichende Vorsehung der Druckpapiersfabriken im Inlande zu angemessenen Preisen durchgeführt und gesichert ist; zeitliche Sperrung der Ausfuhr sämtlicher Papierarten, mit Ausnahme der Zugschreibpapiere, bis das Zeitungs- und Buchdruckgewerbe im Inlande dauernd und genügend mit Papier versehen ist; Maßnahmen der Regierung von Reich und Ländern zur Entlastung der ständig steigenden Preise für Papierholz, soweit es für die Herstellung des Bedarfs der deutschen politischen Tageszeitungen an Druckpapier erforderlich ist; Befreiung der für die Druckpapierezeugung in wichtigen Herstellungsbetrieben unentbehrlichen, bereits im Ursprungslande hochbesteuerten böhmischen Braunkohle von der deutschen Kohlensteuer; Sorge für bessere und beschleunigte Waggengestellung für das Zeitungspapier und die zu seiner Herstellung erforderlichen Rohstoffe; Verweisung des maschinenglaten Druckpapiers in die Tarifklasse B des Eisenbahngütertariffs, wie es der Reichstag bereits zweimal in Entschlüssen gefordert hat; die Befreiung der ungerechten und durch nichts zu rechtfertigenden Sonderbesteuerung der Umsätze der Zeitungsanzeigen im Umsatzsteuergesetz und die Unterlassung jeder weiteren Belastung der deutschen Presse durch behördliche und gesetzgeberische Maßnahmen, insbesondere der Erhöhung der Postzeitungsgebühren.

Bei einer geselligen Zusammenkunft, die sich an die Beratungen schloß, und zu der auch Vertreter der Regierung erschienen waren, gab der Vorsitzende des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Kommerzienrat Dr. Krumboltz, ein Liegeplätzchen nochmals einen Überblick über die verzweifelte Lage des Zeitungsverwesens und betonte, daß es sich nicht um ein Privatinteresse handele, sondern um die ur-eigenste Sache Deutschlands.

Witzkanzler Bauer,

der stellvertretende Präsident des Reichsministeriums, hob den notwendigen Zusammenhang und Zusammenhalt einer gut geleiteten und gut fundierten Presse mit der Staatsverwaltung in einem demokratischen Staatswesen hervor. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet die Regierung die Notlage der Presse als ihre eigene Notlage, als eine Notlage des gesamten Landes. Über die Vindierung der Notlage der Presse schwebten Verhandlungen, die hoffentlich zu einem günstigen Ergebnis kommen und die Existenz der Presse sichern würden. Wenn die Presse den Gedanken der nationalen Einheit und der nationalen Selbstständigkeit dem Volke immer wieder ins Gedächtnis rufe, könnten wir zuversichtlich einer besseren Zukunft entgegengehen.

Sotales und Provinzielles.

Halver, den 20. Januar 1922

□ Die ermäßigte Einkommensteuer. Um den vielfach bestehenden Unklarheiten zu begegnen, veröffentlichten wir noch einmal die gesetzlich zulässigen Abzüge, die von den zehnprozentigen Steuerabzügen gemacht werden dürfen. Nach dem Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes vom 20. Dezember 1921 sind Änderungen in der Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. Januar 1922 eingetreten. Nach der neuen Fassung des Einkommensteuergesetzes ermäßigt sich der Steuerbetrag von 10 Prozent des Arbeitslohnes: 1. Für den Steuerpflichtigen und für seine zu seinem Haus-

halt zählende Ehefrau a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalendermonate um je 20 Mark monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalenderwochen um je 4,80 Mark wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um je 0,80 Mark täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um je 0,20 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. 2. Für jedes zur Unterhaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind a) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalendermonate um 30 Mark monatlich, b) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Kalenderwochen um 7,20 Mark wöchentlich, c) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage um 1,20 Mark täglich, d) im Falle der Zahlung des Arbeitslohnes für kürzere Zeiträume um 0,30 Mark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden. Kinder im Alter von mehr als 17 Jahren, die Arbeitsentlohnungen beziehen, werden nicht gerechnet.

□ Eigentumsanprüche freier Gefangener in Rußland. Eine neu errichtete deutsch-russische Kommission hat es übernommen, die Rechtsansprüche der ehemaligen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten hinsichtlich des Eigentums sicherzustellen und die Regelung dieser Ansprüche herbeizuführen. Antragsformulare sind vom Bund der Auslandsdeutschen, Berlin G. 2, Klosterstraße 75 und seinen Ortsgruppen sowie vom Verband der im Ausland geschäftigten Inlandsdeutschen, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 28, und seinen Zweigstellen zu beziehen.

* Bei der Hufbeschlagslehre des Kreises Hagen Land zu Herdecke a. d. Ruhr beginnt am Mittwoch, den 1. Februar d. Jrs. ein neuer Kursus. Dieser theoretische und praktische Kursus dauert 3 Monate. Das Lehrgeld beträgt 60 Mark. Weitere Gebühren sind nicht zu entrichten. Das Bestehen der Abschlußprüfung befähigt zum Betriebe des Hufbeschlagsberufes gemäß des Gesetzes vom 18. Juni 1884. Die Schüler müssen mindestens 19 Jahre alt sein. Ausnahmeanträge sind an den Landrat des Landkreises Hagen, den Kreisarzt Veterinär Dr. Schaumkell in Hagen oder an den Lehrschmiedemeister Duhme zu Herdecke zu richten, woselbst auch weitere Auskunft erteilt wird. Dem Antrage sind beizufügen: a) ein Nachweis über Erlernung des praktischen Schmiedehandwerks während einer mindestens dreijährigen Dauer; b) ein polizeiliches Führungszeugnis.

* Eisenbahnbaupläne, die nicht zur Ausführung kommen. Im Eisenbahndirektionsbezirk Elberfeld sind für mehrere projektierte Eisenbahnlinien schon vor dem Kriege größere Summen ausgeworfen worden, aber bis heute ist an den Bahnbauten noch kein Spatenstich getan. Es handelt sich um den Bau einer Nebenbahn von Herscheid nach Lüdenscheid, für den 6115000 Mark vorgesehen waren. Für den Bau einer Nebenbahn von Olpe nach Kreuztal wurden 1914 7147000 Mark angesetzt; für eine Nebenbahn von Derschlag nach Ekenhagen 3046000 Mark und für den Bau einer Nebenbahn von Wipperfurth nach Bergisch-Gladbach 11410000 Mark. Es ist auch kaum damit zu rechnen, daß vor der Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse mit dem Bau dieser Bahnen begonnen wird. Wann das eintreten wird, vermag niemand zu sagen.

× Halver, 19 Jan. Der Quartettverein „Frohsinn“ Halver hielt am Mittwochabend in seinem Vereinslokale eine gut besuchte Hauptversammlung ab. Dieselbe wurde vom Vorsitzenden Emil Haase eröffnet und geleitet. Nachdem einige Neuaufnahmen erfolgt waren, erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Aus demselben ist zu erwähnen: Im abgelaufenen Vereinsjahr haben 6 Versammlungen stattgefunden. Die Verhältnisse brachten einen 2maligen Dirigentenwechsel mit sich. In zwei öffentlichen Konzerten hat der Verein seine Leistungen dem Publikum dargeboten. Außerdem hat der Verein im verfloffenen Jahre einen Wankstreit auf der Hohen Steinert bei Lüdenscheid mit Erfolg bestritten. Die Rechnungsablage wurde von den gewählten Revisoren geprüft und für stimmnd befunden, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Die geäußerte Vorstandswahl ergab Wiederwahl sämtlicher selbsttätiger Mitglieder. Sodann wurde beschlossen, im Laufe dieses Jahres an 1—2

Schloß Lindenstein.

Roman von Fritz Damm.

15

Unter den Buchen am Rande der Parkwiese erklang plötzlich ein Laut wie der Seufzer eines Menschen. War es der Wind? Oder kam es aus dem Munde des Mannes, der da, an den rissigen Stämme gelehnt, die ganze Szene auf der Parkwiese mit angesehen hatte? War das nicht eine Träne, die ihm in den ergauchenden Bart rann? Ein heiseres, gepreßtes Aufschauen, fast wie ein Schluchzen entringt sich den Lippen. „Tor“, murmelte seine Lippen, „kannst du noch immer nicht vergessen? Wer einmal dem Glück die Tür wies, zu dem findet es den Weg nicht mehr.“ — Pahl! Glück! Muß denn da ein Weib dazu gehören?

Eine kleine Weile blieb er stumm, dann legte er plötzlich beide Arme an den Stamm und drückte den Kopf fest darauf, als wolle er gleichsam sein Weh und sein Wünschen ersticken. „Ja, — und tausendmal Ja! — Es gehört ein Weib, ein geliebtes Weib dazu — sonst gibt keine Stunde auch nur ein bescheidenes Glück her. Wozu sonst alles? Nur die Geliebte ist der Mittelpunkt unseres Handelns und Denkens. O — warum wird man nur äußerlich und nie im Herzen alt und gefühllos?“

Marzo, der treue Hund, hatte bisher reglos im dünnen Bau gelegen, wie sein Herr ihm befohlen. Nun aber erhob er sich und rieb die Schnauze am Bein des Mannes. Graf Günther ließ die Arme sinken und streichelte den Kopf des Hundes.

„Du hast recht, alter Kamerad! Laß uns gehen. Die Jugend hat ihr Reich für sich. Wir bleiben beisammen — wir — und das Unglück.“

Langsam dahinwandelnd, erreichte der Graf auf Umwegen nach einer Viertelstunde das Schloß. Nach dem Mittagessen standen zwei Pferde bereit, für Lore und Ewald. Mar wollte einen Ritt nach Forsthaus Lindengrund unternehmen. Eben erschienen die beiden unter dem Säulengange des Portals. Ewald winkte mit der Reitgerte einen Abschiedsgruß zu den Fenstern seiner Mutter hinauf, während Lore nach denjenigen am Zimmer des Grafen spähte. Wirklich schien es ihr, als ob ein Vorhang sich bewege und sie winkte ebenfalls, konnte aber weiter nichts entdecken, es mußte wohl eine Täuschung gewesen sein. Dem war aber nicht so. Hinter

den Vorhängen stand Graf Günther und sah finsternen Blickes das junge, fröhliche Paar zum Schloßtor hinausreiten.

Lore hielt sich vorzüglich und Ewald war des Lobes voll. Er hatte absichtlich keinen Reitknecht mitgenommen, denn der Weg war nicht allzu lang und im Forsthaus gab es dienstbare Geister genug. Ihre Ankunft war ja schon gemeldet, da eine Telefonverbindung mit demselben und dem Schloß bestand. Nach einem halbkündigen Ritt nahm ein wohlkühler Walddunkel sie auf. Obwohl Spätherbst, brannte die Sonne doch mit fast unerträglicher Glut hernieder.

Eine Viertelstunde, bevor sie am Forsthaus anlangten, hielt Ewald an einer wunderschönen Eichengruppe an. Am Stamm eines der alten Waldbriesen hatte man eine rohegezimmerte Bank angebracht. Der junge Offizier sprang aus dem Sattel und sagte in bittendem Tone: „Hier wollen wir erst mal ein Viertel stündchen rasten, nicht wahr, Lore?“

„Aber wir haben ja gar nicht mehr weit!“

„Bevor wir in Lindengrund eintreffen, bin ich dir eine Erklärung schuldig, darum bitte ich dich, mir hier Gehör zu schenken.“

„Dann allerdings! Komm, hilf mir!“

Sofort hob er die schlanke Gestalt aus dem Sattel und band die Pferde ganz in der Nähe an ein schlanes Verhengstammchen. Lore hatte sich inzwischen auf die Bank niedergelassen und blickte umher. Ewald setzte sich zu ihr.

Tiefes Waldesdämmerung umgab sie. Nur ab und zu ein gedämpftes Klirren und Stampfen der Pferde. Lore fast nicht vernehmbar, rußten die Kronen der Eichen. Endlich brach Ewald das Schweigen.

„So vernimm denn, was ich dir zu sagen gesonnen bin.“

„Das klingt ja verzeckelt ernst. Es wird wohl eine Generalbeichte?“

„Lore, mir ist nicht so schmerzhaft zu Mute!“

Sofort erfaßte Lore gleichsam wie abblühten seine Lippen.

„Verzeihe mein Scherzwort, ich meine es doch gut mit dir.“ — „Das weiß ich, sonst würde ich dir nicht mein einziges, höchstes Glück anvertrauen. Im vergangenen Winter traf ich auf weiten Spazierritten mehrere Male mit einer jungen Dame zusammen, die, wie ich sofort feststellte, eine außerordentlich sichere Reiterin war. Nicht allein ihre Reitkunst, sondern ihre wahrhaft klassische Schönheit und Anmut machten den lebhaften Wunsch nach näherer Bekanntschaft in mir rege. Der Zufall wollte es, daß ich ihr eines Tages einen Dienst leisten konnte und sie war dadurch gezwungen, etwas aus ihrer Zurückhaltung herauszugehen. Wir trafen uns öfter und es konnte der Dame, welche im Scherz mir ihren

Namen bisher noch vorenthalten hatte, nicht verborgen bleiben, daß in mir eine heftige Neigung zu ihr erwacht sei. Eines Tages eröffnete sie mir, daß ich sie von nun an nicht mehr treffen werde. Aus allen meinen Himmeln gerissen, hat und flüchte ich, aber die Dame entgegnete, es sei uns bestimmt, zu scheiden, und es sei wohl am besten so. Auf mein inständiges Bitten erreichte ich es endlich, daß sie mir auf den folgenden Tag noch eine letzte Zusammenkunft bewilligte. All mein Sinnen setzte ich nun darauf. Es mußte mir gelingen, sie zu gewinnen, denn ich fühlte, daß ich eine Trennung von ihr mit meinem Lebensglück bezahlen würde. Alle möglichen Gedanken kreuzten mein Hirn, welcher Art wohl das Hindernis sein könnte, das die Erfüllung meiner heißesten Wünsche unmöglich machen sollte. Ich hatte schon gedacht, sie könnte verheiratet sein, aber dies war nicht der Fall, wie sie mir lächelnd versicherte. Viel zu früh traf ich am Ort unserer Begegnung ein. Vergebens spähte ich eine Zeit lang nach der teuren Gestalt. Da nahte sich mir ein Reiter, offenbar ein Angestellter irgend eines größeren Reitklubs. Höflich zog er den Hut und fragte, ob er die Ehre habe, Herrn Baron Carnau vor sich zu sehen. Auf meine Befragung übergab er mir ein Schreiben mit dem Bemerken, die Adresse genau lesen zu wollen.

Bestürzt, denn ich ahnte, wer die Absenderin war, las ich die Adresse. In diesem Augenblick wendete der Bote sein Pferd und sprengte, ohne auf meinen Zuruf zu achten, in Karriere davon. In der ersten Aufwallung wollte ich ihm folgen, nach einigem Nachdenken ließ ich inoffen davon ab. Auf dem Auvert standen außer meinem Namen die Worte: „Bitte um Ihre ehrenwörtliche Versicherung, von dem Inhalt des Schreibens niemandem Mitteilung zu machen. Andernfalls wollen Sie daselbe ungelesen verbrennen.“ So schnell als möglich ritt ich nach Hause, öffnete das Schreiben und las zu meinem Erstaunen, daß die Schreibende, jene Dame, von der ich nur den Vornamen „Gerda“ wußte, die unter dem Namen „Herta Chevallier“ bekannte und vielbewunderte Kunstreiterin sei. Ihr wirklicher Name sei Gerda von Gadenreuth, sie stamme aus diesem edlen, aber verarmten Geschlecht und habe den Beruf einer Kunstreiterin aus Neigung ergriffen.

Ich faßte mich an die Stirn. Herta Chevallier, ah, wie oft hatte ich deren Kunst schon bewundert. Erkennen konnte ich sie allerdings nicht, denn Herta ritt nur mit einer leichten, feinen Gesichtsmaske. Natürlich war in den Zeitungen viel über die vermummte Reiterin geschrieben worden; man vermutete allgemein, es sei dies nur ein Pseudonym, doch wußte sich niemand der Günst zu rühmen, ihr Antlitz je gesehen zu haben, so viel man ihr auch nachstellte.

Die amtlichen Blätter über die vorläufigen Steuerertragnisse des Jahres 1921 wurden soeben veröffentlicht. Danach hat die französische Finanzverwaltung in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1921 aus Steuern und Monopolen insgesamt 133 233 707 506 Franc vereinnahmt, eine Summe, die um 1 112 506 Franc hinter den Einnahmehöchstungen des Budgets zurückbleibt.

Eine Tagerkonferenz.

London. Zur Behandlung der Tagerfrage soll demnächst unter Teilnahme Englands, Frankreichs und Spaniens eine Konferenz nach London einberufen werden.

Naplan kauft deutsches Eigentum auf den Südeinseln. DA London. Die „Japan Chronicle“ berichtet, beabsichtigt die japanische Regierung, das gesamte deutsche Eigentum auf den durch Japan verwalteten früheren deutschen Südeinseln aufzukaufen. Es handelt sich um Pflanzungen, Fahrzeuge, Möbel, Geschäfte- und Wohnhäuser im Schätzungsvalue von 1 Million Yen.

Das englische „Niemand!“

Rom. Ein italienischer Pressevertreter berichtet, Lloyd George habe auf die Frage, ob England eventuell geneigt wäre, Frankreich in der U-Boot-Frage nachzugeben, aufbrausend geantwortet: „Niemand!“.

Hinter den Kulissen von Cannes.

Rom. Der Ministerpräsident Bonomi gab im Ministerrat Erklärungen über Cannes ab. Zuerst wollte England Deutschland ein zweijähriges Moratorium gewähren und die Reparationen auf 250 Millionen Goldmark und eine Milliarde Sachleistungen bemessen. Infolge des von Frankreich ausgesetzten Druckes wurde der Aufschub indessen auf ein Jahr herabgesetzt und die Reparationen auf 500 Millionen sowie 750 Millionen Sachleistungen erhöht.

850 000 Internierte in Sowjetrußland.

DA Warschau. Nach Moskauer Meldungen sind in Konzentrationslagern der Sowjetregierung gegenwärtig 850 000 Personen interniert. Die Sowjetbehörden haben beschlossen, junge Mädchen, Frauen nebst ihren Kindern sowie Männer über 50 Jahre aus den Internierungslagern zu entlassen.

15 000 Automobil-Todesfälle in Amerika.

DA Chicago. Nach Meldungen der Chicagoer Blätter ergibt die nunmehr abgeschlossene Verkehrsstatistik, daß im Jahre 1921 15 000 Personen in den Vereinigten Staaten durch Automobile ums Leben gekommen sind. Die durch Automobile herbeigeführten Todesfälle haben damit gegenüber dem Jahre 1920 eine Steigerung um 4000 erfahren.

Reichsgesetz über die Schutzpolizei.

Berlin. Im Reichsministerium des Innern sind zwischen den Vertretern der Länder die Besprechungen fortgesetzt worden, die sich mit der Schaffung eines Reichsrahmengesetzes für die Schutzpolizei befassen. Das Rahmengesetz soll in erster Linie die rechtliche und wirtschaftliche Stellung der Schutzpolizeibeamten regeln. Es soll Richtlinien für die Versorgung und Unterbringung der Beamten nach Ablauf der Dienstzeit geben.

Die Beibehaltung der deutschen Währung in Oberschlesien. DA Oppeln. Die Frage der Beibehaltung der deutschen Währung in dem an Polen abgetretenen ober-schlesischen Gebiet führte zwischen den Polen und der deutschen Reichsbank zu ausgedehnten Besprechungen. Nach Auffassung der Reichsbank soll die Aufrechterhaltung der deutschen Währung in Oberschlesien nicht durch eine Reichsbankfiliale, sondern durch die Filialen der Deutschen Bank in Katowitz und in Rybnitz gewährleistet werden. Dieser Auffassung haben sich die polnischen Unterhändler nach langem Widerstreben gefügt. Die Verhand-

lungen mit den deutschen Bankern stehen unmittelbar vor dem Abschluß.

Eine halbe Million Ministergehälter in Braunschweig.

Braunschweig. Wie aus einer soeben veröffentlichten Zusammenstellung hervorgeht, beziehen die vier Minister des Landes Braunschweig ein Jahreseinkommen von über 500 000 Mark. Das Grundgehalt beträgt 105 000 Mark, Ortszuschlag für Klasse B 6000 Mark, 3000 Mark Kinderzulage und 20 Prozent Steuerzuschlag.

Die Verschulung der Städte.

Essen. Der Haushalt der Stadt Essen für das Jahr 1921 weist einen ungedeckten Fehlbetrag von über 30 Millionen Mark auf, der nach den Vorschlägen der Stadtverwaltung in der Hauptsache durch ein fünftes Steuerquartal für die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer aus der Welt geschafft werden soll. In der gleichen Lage befindet sich Dortmund. Es hat für das Rechnungsjahr 1921 einen ungedeckten Fehlbetrag von über 41 Millionen Mark. Hiervon sollen 16 775 000 Mark durch die Erhebung von 600 Prozent der staatlich veranlagten Gewerbesteuer gedeckt werden.

Verbrecherischer Leichtsin.

Barmen. Ein Reisender legte in einem Abteil 4. Klasse des Frühzuges von Barmen nach Köln eine in Segeltuch gehüllte Handgranate in das Gepäck. Durch die Erschütterung des Zuges explodierte diese. Dabei wurden sechs Personen schwer verletzt.

Wilson gegen das Viermächteabkommen.

London. Der amerikanische Kongreß trifft Anstalten für die Beratung der auf der Konferenz von Washington angenommenen Vorschläge. Aufsehen erregt die Meldung, daß Expräsident Wilson geschloffen habe, seinen Einfluß gegen die Ratifikation des Viermächteabkommens über den Stillen Ozean einzusetzen.

Nach irischem Muster.

London. Ein Ausschuß hat sich in Schottland gebildet, um für Schottland ein Homagegesetz zu verlangen, und hat eine an die Regierung gerichtete Rundgebung veröffentlicht, in der diese aufgefordert wird, nachdem die Irische Frage geordnet sei, nun auch die Rechte Schottlands auf Selbstständigkeit zu erwägen. Der Ausschuß hat Anhänger in allen Parteien und genießt in letzter Zeit besonderes Ansehen.

Internationale sozialistische Konferenz?

London. Nach einem Bericht aus Kopenhagen telegraphierte der dänische Sozialistenführer Stauning an Henderson und Ramsay MacDonald, daß seines Erachtens vor der internationalen Konferenz in Genä eine internationale sozialistische Generalkonferenz abgehalten werden müsse.

Wiederauffindung eines gestohlenen Gemäldes von van Dyck. DA Brüssel. Aus Aachen wird gemeldet, daß dort das im Oktober vergangenen Jahres aus dem Innsbrucker Museum gestohlene Gemälde von van Dyck „Die Dame mit dem Spitzenkragen“ wieder aufgefunden worden sei.

Französisch-tschechische Ausbeutung der ober-schlesischen Gruben. DA Warschau. In Warschau ist der tschechische Ministerpräsident und Außenminister Dr. Beneš eingetroffen. Er bringt einen fertigen tschechisch-polnischen Vertrag mit, der auf gemeinsame Aktionen zur Ausbeutung der staatlichen Gruben in Polnisch-Oberschlesien abzielt. Zu dem gleichen Zweck verhandelt im Augenblick in Warschau der französische Delegierte Benis.

Ausplünderung der Türkei.

Konstantinopel. Die hohe Pforte hat an den Oberkommissar der Alliierten eine Note gerichtet, in der dargelegt wird,

daß sehr viele Personen in Athen kostbare Gegenstände und Altertümer verkaufen, die den Türken in dem besetzten Gebiet Kleinasien gehören, und daß insbesondere Schmuckstücke der Gräben Moschee in Brussa weggenommen und nach Athen gebracht worden sind. Die hohe Pforte bittet die Großmächte der Entente, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um dem Raub der künftigen und historischen Schätze der Türkei ein Ende zu machen.

Welt- und Volkswirtschaft.

Was kosten fremde Werte?

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 schweizerische, belgische und französische Franc, 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ — angeboten; „Geld“ — gesucht.)

Börsenplätze		18. 1.		17. 1.		Stand 1. 8. 14
		Geld	Brief	Geld	Brief	
Dolland	.. Gulb.	6913,05	6928,95	6843,15	6856,85	170 Mk.
Dänemark	.. Kron.	3786,20	3793,50	3716,25	3723,75	112 „
Schweden	.. Kron.	4715,25	4721,75	4620,35	4629,65	112 „
Norwegen	.. Kron.	2987,00	2973,00	2897,10	2902,90	112 „
Österreich	.. Kron.	3871,30	3876,70	3821,85	3828,65	72 „
Amerika	.. Doll.	189,08	189,44	186,08	186,44	4,40 „
England	.. Pf.	799,20	800,80	787,70	789,80	20,20 „
Frankreich	.. Franc	1540,95	1544,05	1525,95	1529,05	80 „
Belgien	.. Franc	1478,50	1481,50	1455,50	1461,50	80 „
Italien	.. Lire	824,15	825,85	814,15	815,85	80 „
U.-St.	.. Dollar	5,93	5,97	6,08	6,12	85 „
Ungarn	.. Kron.	23,37	23,93	27,37	27,43	85 „
Tschechien	.. Kron.	816,65	817,35	811,40	812,10	85 „

Berlin, 18. Januar. (Stand der polnischen Mark.) Polenmark an der heutigen Börse mit 6,40 Pf. bewertet.

* Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle. Weizen 2,40—3 M., Weizenroh 2,50—3 M., Weizen 3,50 bis 5 M., Grünroh 1—1,50 M., Rosenroh 4,50—6,50 M., das Pfund, Blumenroh 6—15 M., der Kopf, Rohroh 0,75—1 M., Mohrrüben 1,40—1,75 M., Zeltower Rüben 2,20—2,75 M., Beeliger Rüben 1,75—2 M., Spinat 2—2,50 M., Zwiebeln 2—2,50 M., Apfel 3,50—9 M., das Pfund, Apfelsinen 1—4 M., das Stück.

* Die deutsche Ernte im Jahre 1921. Wie man erfährt, beläuft sich Deutschlands Getreideernte im Jahre 1921 an Roggen und Weizen auf 9 939 647 Tonnen, an Gerste auf 1 938 995 Tonnen, zusammen 11 878 642 Tonnen. Davon sollen durch das Umlageverfahren 2 500 000 Tonnen erfasst werden, was ein Fünftel ausmacht; eingegangen sind allerdings bisher aus dem Umlageverfahren erst 800 000 Tonnen, gleich 7,2 Prozent. Die deutsche Erzeugung an Hafer betrug im Jahre 1921 5 004 983 Tonnen, an Kartoffeln 26 151 380 Tonnen.

Kohlenbericht Elektrizitätswert Mark.

Lagerbestand.

Kraftwerk :	Herdecke	Elberlingsen	Giesel
16. 1. 1922	895 t	27 t	0 t
17. 1. 1922	855 t	102 t	0 t

Schriftleitung: Wilh. Bell, Halver i. Westf.

Dampf-
Mediz.-Lebertran
sowie
Lebertran-Emulsion
empfiehlt
Halversche Med.-Drogerie
Carl Menke
Halver, Frankfurterstraße

Wirtschaft
Gasthof od. landl. Bestigung
zu kaufen gesucht.
Bähe Kaufpreis sofort aus.
Off. u. Z. D. 39 an Briloner
Zeitung, Brilon.

Wir suchen für sofort
einen tüchtigen jüngeren
Backer
und Lagerhalter.
Ferner suchen wir noch
Arbeiter und
Arbeiterinnen
für lohnende Akkordarbeit
(Montieren)
Gebr. Berker
Schalksmühle.

Jugendl. Arbeiter
sowie ein
Mädchen f. Backstube
gesucht.
H. W. Buschhaus,
Oberbrügge
Station: Volme-Ehringhausen.

Taschenlampen-
Birnen, Batterien
laufend frisch
Fritz Herm. Bohmer,
Schalksmühle.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme
bei dem Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen
sagen wir allen unseren

herzlichsten Dank.

Geschwister Nothjunge.

Vernehme u. geschmackvolle

Drucksachen

für Geschäfte und Private

Spezialität:

Familien- u. Vereins-
Drucksachen

wie: Visitenkarten,
Verlobungskarten,
Verlobungs-Briefe,
Danksagungs- und
Gratulationskarten
usw. usw.

Trauerbriefe

Die Geschäftsstelle
dieser Zeitung.

(Staatsmedaille, goldene Ausstellungspreise)
PIANOS
mit Klangsteg
D. R. G. M. 458 403
Flügel, Harmoniums und
Kunstspiel-Instrumente
unübertroffen an Qualität
und Preiswürdigkeit
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Hagen i. W., Bahnhofstr. 29.

Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 4 Uhr,

Öffentliche Versammlung

im Lokale „zum deutschen Eck“

Inhaber Karl Overhoff zu Deckinghausen.

Thema: **Vorwärts im Kampf.**

Referent: Reichstagsabgeordneter W. Dettinghaus

Freie Aussprache! Freie Aussprache!

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Unabhängige sozialdemokratische Partei
Ortsgruppe Deckinghausen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Kierspe.

A u s s c h u ß s i k u n g

am 4. Februar 1922 nachmittags 6 Uhr bei Herrn Bastian
Kierspe-Bahnhof.

Tagesordnung:

1. Satzungsänderung bezüglich Erhöhung der Beiträge und Leistungen.
2. Verschiedenes.

Achtung für Landwirte!

Habe noch vom Lager preiswert abzugeben solange
der Vorrat reicht:

**Mahlmühlen mit Kunststeinen, Kultivatoren,
Jauchepumpen, Wannemühlen, Räucher-
apparate, Wendepflüge neu u. gebrauchte,
u. einige gebr. Handfutterschneidmaschinen**

Es lohnt sich mein Lager zu besuchen!

Otto Haase, Maschinengeschäft Kierspe
Telefon 181 Amt Meinerzhagen.

Amt Halver.

Fleischverkauf.

Am Freitag, den 20. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr
gelangt im Gasthof Müller in Schalksmühle

minderwertiges Rindfleisch

zum Verkauf. Preis 8 Mark je Pfund.

Halver, den 19. Januar 1922.

Der Amtmann.

Amt Kierspe.

Bekanntmachung.

Die geprüfte Amtskassenrechnung von 1920 liegt nach
Veröffentlichung dieser Bekanntmachung 14 Tage lang im Amts-
haus, Zimmer 3, zur Einsicht offen.

Kierspe, den 18. Januar 1922.

Der Amtmann.

M. G. B.
„Niedertafel“
Halver.

Samstag, den 21. Januar
nachmittags 5 Uhr

Chorstunde.

Der Vorstand.

Ziegenzucht-Verein
für Ehringhausen u. Umgegend.

Die diesjährige

Generalversammlung

findet Sonntag, den 22. Jan.
d. J. nach 4 Uhr im Vereins-
lokal bei Herrn Fritz Wille in
Ehringhausen statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Rechnungsablage.
3. Vorstandswahl.
4. Aufnahmen.
5. Neueingelung b. Versicherung.
6. Zahlung der Beiträge.
7. Verschiedenes.

Um recht zahlreichen Besuch
bittet

Der Vorstand.

Klavier-Unterricht

erteilt konf. ausgebildete Musik-
lehrerin in Kierspe und nähere
Umgebung. Anmeldungen erbeten
bei Häusler neben Bollmerhaus.

Erhalte Montag, 23. Januar
Auswahl

F a h r o c h s e n

Nathan Stern,
Meinerzhagen.

Kontobuch

„Steuerbuch“

Die Buchführung
für jedermann zur
schnellen u. leicht.
Ermittlung der
Einkommen-Ver-
mögens-u. Umfag-
steuern. Zu haben
bei Wilh. Bell Jr.,
Halver.